

TOP 1

**"Landesregierung ohne Plan: Genehmigung Datteln rechtswidrig erteilt,
Genehmigung Ochtrup rechtswidrig versagt, Novelle der Landesplanung
abgesagt."**

**Rede des
Abgeordneten der
SPD-Landtagsfraktion
Thomas Eiskirch**

**anlässlich
der Plenarsitzung am 7. Oktober 2009**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Wo steht NRW in der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise?

Welche Perspektive bietet die schwarz-gelbe Landesregierung für die Menschen in NRW?

Wie verlässlich ist diese Landesregierung?

Unser Befund ist schon seit langem klar: Die Regierung Rüttgers hat keinen Plan für dieses Land. Uns - als Opposition - glauben Sie dies natürlich nicht.

Deshalb wollen wir ganz schlicht anhand der Fakten die Lage analysieren.

Der amtlich festgestellte Befund ist:

Die Genehmigung zum E.ON-Kraftwerksneubau in Datteln wurde rechtswidrig erteilt.

Die Genehmigung für das Factory-Outlet-Center in Ochtrup wurde rechtswidrig versagt.

Dies wurde jeweils vom höchsten Verwaltungsgericht in NRW geurteilt.

Ebenso beschämend ist Ihr Umgang mit der Zukunft der Landesplanung.

Groß angekündigt im Koalitionsvertrag 2005 war: *"Der Dualismus von Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogramm wird beseitigt"*.

Noch 2007 haben Sie Eckpunkte eines neuen Landesentwicklungsplans 2025 vorgestellt. Mittlerweile haben Sie dieses wichtige Vorhaben abgesagt. Bei der Arbeitsgeschwindigkeit von Frau Thoben steht 2025 wohl für das vorgesehene Fertigstellungsdatum eines schwarz-gelben LEP.

Ergebnis ist: Weiterhin gilt in NRW das Landesentwicklungsprogramm von 1989 - von vor dem Mauerfall - in Verbindung mit dem Landesentwicklungsplan von 1995. Damals gut gemacht, aber heute natürlich nicht mehr up to date. Da muss man ran. Da wäre harte Regierungsarbeit angesagt gewesen - Ergebnis ist: Sie sind abgetaucht.

Welchen Stand hat also die Landesplanung im Jahre 2009?

Der LEP weist z. B. noch alte Flächen aus, die in grauer Vorzeit auch mal für Atomkraftwerke vorgesehen waren. Dies braucht in NRW kein Mensch.

Andere Fragen kann der alte LEP natürlich nicht beantwortet: Was wird mit dem Kiesabbau? Wie sichern wir Flächen für Tourismus, Landwirtschaft und Erneuerbare Energien? Wie findet der Klimaschutz Eingang in die Landesplanung?

Fragen über Fragen - Antworten: Fehlanzeige! Die schwarz-gelbe Landesregierung drückt sich vor der Arbeit.

Die dringend erforderliche und angekündigte Neuausrichtung von Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogramm hat die schwarz-gelbe Landesregierung auf Eis gelegt und für diese Legislaturperiode gestoppt, weil angeblich der vorgezogene Kommunalwahltermin eine zeitgerechte Beratung mit den Kommunen verhindern würde. Die Gültigkeit des derzeit geltenden Gesetzes zur Landesentwicklung (LEPro) will die Regierung Rüttgers über den 31. Dezember 2009 hinaus bis zum 31. Dezember 2011 verlängern. Dies ist der Offenbarungseid von Planungsministerin Thoben. Wer die Planung der Vorgängerregierung nach 4 Jahren Regierungszeit um zwei weitere Jahre verlängern muss, hat erkennbar selbst keinen Plan.

Anrede,
einen Punkt möchte ich ganz direkt ansprechen: Das Centro-Urteil hat Regelungsbedarf verursacht. Das Oberverwaltungsgericht hat festgestellt, dass der großflächige Einzelhandel nicht per Erlass geregelt werden kann. Unser Fehler. Das OVG hat klargestellt, dass es hierzu einer gesetzlichen Regelung bedarf. Anders als vor 2004 war nun mit dem Centro-Urteil die Messlatte aufgelegt. Die Aufgabe für die schwarz-gelbe Landesregierung war damit klar umrissen: NRW braucht eine gerichtsfeste Grundlage für die Steuerung des großflächigen Einzelhandels.

Daran hat die zuständige Ministerin erst 2 Jahre herumgefummelt und dann Mitte 2007 eine winzige Ergänzung im LEPro vorgenommen. Die warnenden Stimmen in der Anhörung im Landtag wurden schlicht ignoriert. Zwei Jahre später sehen wir das Ergebnis: Der Verfassungsgerichtshof hat diese winzige Änderung wieder einkassiert; das OVG hat am 30. September 2009 entschieden, dass die Genehmigung für das FOC Ochtrup rechtswidrig versagt wurde: Das Oberverwaltungsgerichts (OVG) hat am 30. September 2009 entschieden, dass der Stadt Ochtrup die Genehmigung der 78. Änderung ihres Flächennutzungsplans unter Auflagen zu erteilen ist. Die entsprechende Vorschrift des § 24a Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes zur Landesentwicklung (LEPro) hatte der Verfassungsgerichtshof auf eine Verfassungsbeschwerde der Stadt Ochtrup bereits mit Urteil vom 26. August 2009 wegen einer Verletzung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts für nichtig erklärt.

Befund: Der Berg hat lang gekreist und eine Maus geboren. Und nun ist auch dieser kleinen Maus vom OVG noch das Fell über die Ohren gezogen worden.

Auf eine dritte Baustelle der Planungsministerin will ich jetzt nur kurz hinweisen. Auch auf dieser Baustelle ruhen jetzt nahezu alle Arbeiten: Am 03. September 2009 hat das OVG den Bebauungsplan Nr. 105 – E.ON Kraftwerk – der Stadt Datteln wegen schwerer Planungsfehler der Landesregierung aufgehoben. Auch, weil der vorgesehene Standort gegen Ziele der Landesplanung verstößt. Hierzu werden wir heute noch ausführlicher beraten.

Fazit: Die Planungsministerin hat im September vom OVG zwei schallende Ohrfeigen bekommen:

- die erste zu Ochtrup, weil sie eine zu erteilende Genehmigung rechtswidrig versagt hat
- die zweite zu Datteln, weil sie eine zu versagende Genehmigung rechtswidrig erteilt hatte.

Wie schon gesagt: Zugleich wird die von der Koalition angekündigte Weiterentwicklung des Landesplanungsrechtes für Nordrhein-Westfalen für diese Wahlperiode schlicht abgesagt - vom Spielplan abgesetzt.

All dies zeigt: Die Regierung Rüttgers hat keinen Plan für NRW. Die fehlerhaften Entscheidungen der Landesregierung, die ständig von den höchsten nordrhein-westfälischen Gerichten korrigiert werden müssen und der von der Planungsministerin zu verantwortende Planungsstillstand fügen NRW einen schweren Schaden zu. Investoren, Arbeitnehmer und Anwohner können nicht mehr darauf vertrauen, dass in NRW nach Recht und Gesetz entschieden wird und NRW planerisch auf der Höhe der Zeit ist.

Dies alles hat ganz praktische Auswirkungen für NRW:

- Meine Kollegin Stefanie Wiegand wird gleich darstellen, was dieses Planungschaos für Ochtrup, Gronau und das Umland bedeutet,
- Gerd Bollermann wird zeigen, was dieser Stillstand für die Fortentwicklung der Landesentwicklung bedeutet,
- Norbert Römer wird sich mit der Verantwortung der Landesregierung für das Steinkohlekraftwerk in Datteln auseinandersetzen.

All dies wird zeigen: Ihr schlechtes Regierungshandwerk schadet den Menschen in Nordrhein-Westfalen. NRW wird unter Wert regiert.